

	<p>SuedOstLink - BBPlG Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a -</p>	
	<p>Abschnitt A2 Sachsen-Anhalt Süd/ Thüringen Nord</p> <p>Unterlagen gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG</p>	<p>Das Vorhaben Nr.5 im SuedOstLink ist von der Europäischen Union gefördert; sie haftet nicht für die Inhalte.</p>  <p>Kofinanziert von der Fazilität „Connecting Europe“ der Europäischen Union</p>
<p><b>Teil A1.3 Erläuterungsbericht zur Planänderung I</b> <b>PLANÄNDERUNG I</b></p>		
<p>Festgestellt nach § 24 NABEG</p> <p>Bonn, den</p>		

Ersteller: ARGE CIB / FUGRO

Dok.: SOL\_ING\_A2\_21000\_ELB\_0001\_Erlaeuterungsbericht\_03\_F

## Inhaltsverzeichnis

<b>Anlagen .....</b>	<b>3</b>
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>5</b>
1.1 SuedOstLink.....	5
1.2 Einordnung der Unterlage .....	5
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments .....	5
<b>2 Genehmigungsrechtliche Einordnung.....</b>	<b>6</b>
2.1 Vorausgegangene Planungsschritte.....	6
2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG .....	6
2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG .....	6
2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG .....	6
2.1.4 Ablauf und Ergebnis des Erörterungstermins nach § 22 Absatz 6 NABEG .....	6
2.1.5 Einreichung von Deckblattänderungen nach § 22 Abs. 7 NABEG .....	6
2.1.6 Erhalt des Planfeststellungsbeschluss nach § 24 Abs. 1 NABEG .....	6
2.2 Rechtliche Grundlagen .....	6
<b>3 Beschreibung der geänderten Planungen.....</b>	<b>8</b>
3.1 Veranlassung .....	8
3.1.1 Erweiterung von Biegeradien.....	8
3.1.2 Verschiebung einer Muffe inkl. Flächenanpassung eines Abtrommelplatzes und der Oberflurschränke (OFS) .....	8
3.1.3 Anpassung von Maßnahmenblättern und -plänen.....	8
3.2 Kennzeichnung .....	8
3.3 Planungsänderungen .....	8
3.3.1 Änderungen Trassierungstechnik .....	8
3.3.2 Anpassung von Maßnahmenblättern- und plänen.....	9
<b>4 Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß §7 Abs. 1 UVPG .....</b>	<b>10</b>
<b>Anhang – Prüfkatalog zur Ermittlung der UVP-Pflicht .....</b>	<b>12</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>27</b>
<b>Gesetze und Verordnungen .....</b>	<b>29</b>

## Anlagen

Nicht vorhanden

*In diesem Dokument wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.*

## **1 Einleitung**

### **1.1 SuedOstLink**

Der SuedOstLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes. Es besteht aus den Vorhaben Nr. 5 sowie dem Vorhaben Nr. 5a (südlicher Teil) gemäß Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG). Beide Vorhaben sind Leitungen zur Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung und werden mit einem Erdkabelvorrang geplant.

Das Vorhaben Nr. 5 verläuft von Wolmirstedt bei Magdeburg in Sachsen-Anhalt bis Isar in Bayern. Das Vorhaben Nr. 5a ist eine Verbindung vom Netzverknüpfungspunkt Klein Rogahn/Stralendorf/Warsow/Holthusen/Schossin bis Isar in Bayern. Vom Landkreis Börde bis Isar erfolgt in räumlicher Nähe eine gemeinsame Verlegung beider Vorhaben.

SuedOstLink besteht aus den Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a (südlicher Teil) BBPI, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) gestellt wurden. Die Vorhabenträger haben gemäß § 26 Satz 2 NABEG eine einheitliche Entscheidung in den Planfeststellungsverfahren gemäß § 24 NABEG für die Abschnitte der beiden genannten Vorhaben zwischen dem Landkreis Börde und Isar beantragt. Die vorliegenden Unterlagen umfassen daher die Vorhaben Nr. 5 sowie Nr. 5a. Für den nördlichen Bereich des Vorhabens Nr. 5a erfolgt ein eigenes Bundesfachplanungs- und Planfeststellungsverfahren. Der südliche Bereich des SuedOstLink (Landkreis Börde bis Isar) umfasst neun Planfeststellungsabschnitte.

Das Vorhaben Nr. 5 beinhaltet die Herstellung einer Kabelanlage mit einem Kabelsystem, bestehend aus zwei Erdkabeln mit einer Leistung von 2 Gigawatt (GW) und Nebenbauwerken sowie einer zusätzlichen für den Betrieb notwendigen Anlage, der Konverterstation.

Nebenbauwerke sind die Kabelabschnittsstationen (KAS), Kabelübergangsstationen (KÜS) und die Kabelmonitoringstationen (KMS) sowie Oberflurschränke. Die Verlegung der Gleichspannungskabel erfolgt in Kabelschutzrohren (KSR). In Abschnitt A1 erfolgt in geringem Umfang auch eine Umsetzung als Freileitung mit den zugehörigen Anlagenteilen wie z. B. Freileitungsmasten.

Im Rahmen des Vorhabens Nr. 5a erfolgt zur Erweiterung der Übertragungsleistung um weitere 2 GW (insgesamt 4 GW) die Verlegung einer zusätzlichen Kabelanlage mit einem Kabelsystem. Sie besteht ebenfalls aus zwei Erdkabeln, verlegt in Kabelschutzrohren, sowie der erforderlichen Konverterstation und den bereits beschriebenen Nebenbauwerken. Im Bereich vom Landkreis Börde bis Isar, in dem in räumlicher Nähe verlegt wird, erfolgt ein zeitnahe Tiefbau und Kabelzug. Für weitergehende Informationen zu SuedOstLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 1ff im Teil A1 Erläuterungsbericht der Unterlagen gemäß § 21 NABEG verwiesen.

### **1.2 Einordnung der Unterlage**

Das vorliegende Dokument „Erläuterungsbericht zur Planänderung I“ ist Bestandteil der geänderten Unterlagen für SuedOstLink im Planfeststellungsabschnitt A2.

### **1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments**

Gegenstand des vorliegenden Dokumentes ist die Beschreibung und Erläuterung der beabsichtigten Planänderungen, die unter der Planänderung I zusammengefasst werden.

Eine detailliertere Beschreibung der beantragten Planänderung findet sich in Kapitel 3.

## **2 Genehmigungrechtliche Einordnung**

### **2.1 Vorausgegangene Planungsschritte**

#### **2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG**

Der VHT hat den Plan und die Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt A2 am 31.07.2023 bei der Bundesnetzagentur (BNetzA) eingereicht.

#### **2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG**

Die BNetzA hat die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen gemäß § 21 NABEG geprüft und die Vollständigkeit am 31.08.2023 gegenüber dem VHT bestätigt.

#### **2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG**

Die BNetzA hat nach Bestätigung der Vollständigkeit die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) und der Öffentlichkeit vorbereitet. Die Unterlagen wurden den TÖB in digitaler Form jeweils auf einem Datenträger am 13.09.2023 zugesandt. Die TÖB wurden zugleich gemäß § 22 Absatz 2 NABEG zur Stellungnahme aufgefordert. Für die Rückmeldung der Stellungnahmen der TÖB an die BNetzA wurde eine Frist bis zum 17.11.2023 gesetzt. Einzelnen Trägern öffentlicher Belange wurde auf Antrag eine maximale Fristverlängerung bis zum 01.12.2023 gewährt.

Die BNetzA hat weiterhin gemäß § 22 Absatz 3 NABEG die Auslegung auf der Internetseite der BNetzA und in den örtlichen Tageszeitungen bekanntgemacht. Anschließend wurde die Auslegung der Planfeststellungsunterlagen zum Zweck der Öffentlichkeitsbeteiligung veranlasst, in dem die BNetzA die Unterlagen auf ihrer Internetseite ([www.netzausbau.de](http://www.netzausbau.de)) veröffentlicht hat. Die Auslegung erfolgte vom 18.09.2023 bis 17.10.2023. Gemäß § 22 Absatz 4 NABEG konnte jede Person und Vereinigung, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, schriftlich oder elektronisch bei der BNetzA Einwendungen gegen den Plan erheben. Die Einwendungsfrist endete am 17.11.2023.

#### **2.1.4 Ablauf und Ergebnis des Erörterungstermins nach § 22 Absatz 6 NABEG**

Im Planfeststellungsabschnitt A2 wurde am 20.03.2024 ein Erörterungstermin gemäß § 22 Abs. 5 i.V.m. § 10 NABEG durchgeführt.

#### **2.1.5 Einreichung von Deckblattänderungen nach § 22 Abs. 7 NABEG**

Im Rahmen der Ausführungsplanung wurden notwendige Änderungen zur Sicherstellung der Baubarkeit identifiziert. Hierfür wurden insgesamt zwei Deckblattänderungen bei der BNetzA eingereicht. Deckblattänderung I nach § 22 Abs. 7 NABEG wurde am 09.08.2024 eingereicht, während Deckblattänderung II nach § 22 Abs. 7 NABEG bzw. § 73 Abs. 8 VwVfG i.V.m. § 22 UVPG am 30.09.2024 eingereicht wurde.

#### **2.1.6 Erhalt des Planfeststellungsbeschluss nach § 24 Abs. 1 NABEG**

Die BNetzA hat am 18.03.2025 den Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt A2 an den Vorhabenträger übermittelt.

### **2.2 Rechtliche Grundlagen**

Der SuedOstLink (SOL) besteht aus dem Vorhaben Nr. 5 BBPIG sowie dem südlichen Bestandteil des Vorhabens Nr. 5a BBPIG. Aufgrund der Kennzeichnung als länderübergreifende Leitung im BBPI fällt der SOL gem. § 2 Abs. 1 NABEG in den Anwendungsbereich des NABEG. Die BNetzA ist nach § 1 Nr. 1 PlfZV zuständig für das Planfeststellungsverfahren.

Die vorliegende Planänderung richtet sich nach § 76 VwVfG i.V.m. § 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43d EnWG. Nach § 76 Abs. 1 VwVfG bedarf es eines neuen Planfeststellungsverfahrens, wenn vor Fertigstellung des Vorhabens der festgestellte Plan geändert werden soll, wobei gemäß § 43d Satz 1 EnWG i.V.m. § 18 Abs. 5 NABEG auf die Erörterung nach § 73 Abs. 6 VwVG und § 18 Abs. 1 Satz 4 UVPG verzichtet werden soll. Bei Planänderungen von unwesentlicher Bedeutung kann gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG von einem neuen Planfeststellungsverfahren abgesehen werden, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt

haben. Wird in den Fällen des Abs. 2 oder in anderen Fällen einer Planänderung von unwesentlicher Bedeutung ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt, so bedarf es keines Anhörungsverfahrens und keiner öffentlichen Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses.

### **3 Beschreibung der geänderten Planungen**

#### **3.1 Veranlassung**

Im Zuge der technischen Detailplanung sind im Abschnitt A2 Überarbeitungen für die nachfolgend aufgelisteten Themen gegenüber den eingereichten Planfeststellungsunterlagen vorgenommen worden.

- Erweiterung von Biegeradien
- Verschiebung einer Muffe inkl. Flächenanpassung eines Abtrommelplatzes
- Anpassung von Maßnahmenblättern und -plänen

Die übergeordnete Zielsetzung, auf deren Basis die Überarbeitungen hervorgehen, ist die Sicherstellung der Baubarkeit. Die Notwendigkeit der Überarbeitungen stammt aus fortgeschrittenen Erkenntnissen aus der Ausführungsplanung.

##### **3.1.1 Erweiterung von Biegeradien**

Im Bereich des beantragten Kreuzungsbauwerks A2\_018 wurde eine geringfügige Trassierungsänderung vorgenommen. Grund für die Lageverschiebungen der Leiterachse bei A2\_018 ist die Erweiterung der Biegeradien innerhalb einer Abzweigung in Richtung Südost für drei Polachsen, die innerhalb des geschlossenen Kreuzungsbauwerks gemäß der genehmigten Planung zu eng beieinander liegen und sich dadurch thermisch gegenseitig beeinflussen.

Die Erweiterung der Biegeradien bei Kreuzungsbauwerk A2\_018 befindet sich zwischen Trassenkilometer km 20+460 und km 20+560.

##### **3.1.2 Verschiebung einer Muffe inkl. Flächenanpassung eines Abtrommelplatzes und der Oberflurschränke (OFS)**

Im Vergleich zur bisher beantragten Planung wird auch eine kabelbezogene Änderung vorgenommen, die die Anpassungen eines Muffenstandortes in Verbindung mit geringfügigen Flächenanpassungen des zugehörigen Abtrommelplatzes betrifft.

Der Muffenstandort wird auf Grund neuer Erkenntnisse durch die fortgeschrittene Planung in Verbindung mit der Sicherstellung der Baubarkeit räumlich verschoben.

##### **3.1.3 Anpassung von Maßnahmenblättern und -plänen**

Gegenüber der genehmigten Planung haben sich die Flurstücke, auf denen die ACEF-Maßnahmen ACEF 2 und ACEF 4 umgesetzt werden, teilweise geändert. Im Zuge dessen müssen die aktualisierten Flurstücke in den Maßnahmenblättern sowie die Darstellung in den Maßnahmenplänen angepasst werden.

#### **3.2 Kennzeichnung**

Im Rahmen der Planänderung I werden einige Unterlagen angepasst. Die Verortung der Anpassungen kann Teil A1.4 entnommen werden. In den Unterlagen sind die Änderungen in blau markiert.

#### **3.3 Planungsänderungen**

Die durch die Änderungen betroffenen Planfeststellungsunterlagen sind in Teil A1.4 aufgelistet und werden in den folgenden Unterkapiteln näher erläutert.

##### **3.3.1 Änderungen Trassierungstechnik**

###### **3.3.1.1 Erweiterung von Biegeradien**

Im Rahmen der Detailplanung wurde eine notwendige Erweiterung von Biegeradien dreier Polachsen im Bereich des geschlossenen Kreuzungsbauwerks A2\_018 identifiziert, da sich die Polachsen gemäß aktuell genehmigtem Planungsstand thermisch beeinflussen würden.

Durch die Erweiterung der Biegeradien wird auch eine Erweiterung der Schutzstreifenfläche um die äußere Leiterachse erforderlich, die eine neue dauerhafte Flächeninanspruchnahme von ca. 660 m² auf ohnehin bereits betroffenen Flurstücken der Stadt Landsberg hervorruft. Auf dem



Flurstück werden bereits dauerhaft Flächen in Anspruch genommen, sodass die Anpassung keinen neuen Flächeneigentümer betrifft. Die Zustimmungen der Betroffenen zu den Änderungen liegen vor.

Die Erweiterung der Biegeradien bei Kreuzungsbauwerk A2\_018 befindet sich zwischen Trassenkilometer km 20+460 und km 20+560 (siehe Teil C2.3.2.14 – Lageplan).

### **3.3.1.2 Verschiebung einer Muffe inkl. Flächenanpassung eines Abtrommelplatzes und der OFS**

Im Hinblick auf kabelbezogene Anpassungen ist im Rahmen der Ausführungsplanung bzw. der Planung der Kabelhersteller eine Änderung an einer Splitmuffe notwendig, deren Omega-Schleifen sich gemäß der genehmigten Planung nördlich und südlich der zu kreuzenden Straße befinden. Die eigentliche Splitmuffe ME\_020 liegt dabei nördlich der Straße am Abtrommelplatz AP\_020. Laut Kabelhersteller ist das HDD-Rohr zwischen den beiden Muffengruben für die Omega-Schleifen mit 60 m zu lang, sodass im Havariefall die Straße aufgerissen werden müsste, um das Kabel nachzuziehen. Vor diesem Hintergrund wird die südliche Omega-Schleife auf die nördliche Straßenseite verlegt und im Zusammenhang damit ergeben sich neue Flächenbedarfe für die OFS und den Abtrommelplatz bzw. die Zuwegung dahin. Die neuen Flächenbedarfe liegen auf Flächen von bereits Betroffenen. Die Zustimmungen der Betroffenen zu den Änderungen liegen vor.

Die durch die Verschiebung zusätzlich temporär in Anspruch zu nehmende Fläche des Arbeitsstreifen beträgt summiert aus 4 Teilbereichen ca. 517 m<sup>2</sup>. Für die Verlegung ist außerdem eine zusätzlich dauerhafte Flächeninanspruchnahme des Schutzstreifens – bestehend aus 5 Teilflächen – von insgesamt ca. 382 m<sup>2</sup> erforderlich.

Die Verschiebung der Muffe inkl. der Flächenanpassungen befindet sich zwischen Trassenkilometer km 02+820 und km 02+990 (siehe Teil C2.3.2.02 und C2.3.2.03 – Lagepläne sowie C2.3.3.02 und C2.3.3.03 – Lagepläne Wegekonzzept).

### **3.3.2 Anpassung von Maßnahmenblättern- und -plänen**

Im Rahmen der ACEF-Maßnahmen haben sich im Vergleich zur genehmigten Planung die Flurstücke der Maßnahmen ACEF 2 und ACEF 4 geändert. Es erfolgte eine geringfügige Standortanpassung infolge der Flächenverfügbarkeiten. Aufgrund von fehlenden Eigentümerzustimmungen wurden diese Anpassungen der Maßnahmen notwendig.

Die Maßnahme ACEF 2 – Anbringen von Ersatzquartieren/künstlichen Nisthilfen wird in gleicher Art und Weise auf einem neuen Flurstück umgesetzt. Es werden dabei nur Teilflächen der Gesamtmaßnahme im Zuge der Planänderung I verschoben (betroffen sind 6 Fledermausrundkästen und 6 Fledermausflachkästen). Der neue Standort befindet sich weiterhin im räumlichen und funktionalen Zusammenhang mit den Eingriffsstandorten und in einer Entfernung von ca. 200 m zur bisher genehmigten Planung.

Die Maßnahme ACEF 4 – Sicherung von Habitatbäumen wird ebenfalls in gleicher Art und Weise auf einem neuen Flurstück umgesetzt. Von der Umplanung betroffen sind dabei zwei der insgesamt drei zu sichernden Habitatbäume. Die beiden Habitatbäume werden im räumlichen und funktionalen Zusammenhang mit den Eingriffsstandorten umgesetzt. Die Sicherung der Habitatbäume erfolgt auf demselben Flurstück wie die Änderungen der Maßnahme ACEF 2 für die Fledermauskästen.

Aufgrund der insgesamt ausschließlich räumlichen Anpassung der vorgenannten Maßnahmen sind die Änderungen als unwesentlich einzustufen.

Die Standortanpassungen der Maßnahmen ACEF 2 und ACEF 4 wurde vorab mit dem Umweltamt des Landkreises Saalekreis abgestimmt. Die Zustimmungen der Betroffenen zu den Änderungen liegen vor.

#### 4 Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß §7 Abs. 1 UVPG

Gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 UVPG besteht für das Änderungsvorhaben eine UVP-Pflicht, wenn die allgemeine Vorprüfung ergibt, dass die Änderung zusätzliche erhebliche nachteilige oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann.

##### Änderung i.S.d. UVPG

Änderungen liegen u.a. vor, wenn sie sich auf eine „technische Anlage“ beziehen und deren Lage, Beschaffenheit oder den Betrieb betreffen (§ 2 Abs. 4 Nr. 2 lit. a) UVPG). Im Übrigen wird der Begriff der Änderung durch das Fachrecht konkretisiert (Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des UVPG vom 14.04.2025, Ziff. 9.1.1).

##### Gegenstand der Vorprüfung

Der Umfang der Vorprüfung bei einer Änderung ist im Grundsatz auf die änderungsbezogenen zusätzlichen Umweltauswirkungen beschränkt. Die Umweltauswirkungen des Ausgangsvorhabens, die bereits bei der Umweltverträglichkeitsprüfung des früheren Planfeststellungsverfahrens und der dafür durchgeführten Öffentlichkeitsbeteiligung berücksichtigt worden sind, können grundsätzlich abgeschichtet werden. Sie gehören nicht zu den zusätzlichen Umweltauswirkungen.

Für das Erreichen der Erheblichkeitsschwelle nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 UVPG gilt jedoch die Besonderheit, dass bei der Beurteilung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen der Änderung auch deren Zusammenwirken mit dem Ausgangsvorhaben zu berücksichtigen ist (Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des UVPG vom 14.04.2025, Ziff. 9.1.1). Das Ausgangsvorhaben wird deshalb (entsprechend der Regelungen der §§ 11 Abs. 5 und 12 Abs. 5 UVPG) als Vorbelastung einbezogen (Peters/Balla/Hesselbarth, UVPG, 4. Aufl. 2019, § 9 Rn. 12; Keller, in: Beckmann/Kment, UVPG/UmwRG, 6. Aufl. 2023, § 9 UVPG Rn. 4).

##### Erheblichkeit der änderungsbedingt hervorgerufenen Umweltauswirkungen

Zentral ist weiterhin der Begriff der Erheblichkeit, der an die Verwendung des Begriffs in der UVP-Richtlinie und der SUP-Richtlinie anknüpft, aber für den keine Legaldefinition existiert. Der Begriff soll im Lichte der Schutzgüter ausgelegt werden. Dies ergibt sich aus dem Wortlaut der §§ 3, 2 Abs. 2 Satz 1 UVPG. Zudem legen dies die Regelungen zu den Angaben, die der Vorhabenträger zur Vorbereitung der Vorprüfung machen muss (Anlage 2 Nr. 1 lit. b) und c) UVPG) nahe (Bauer, in: Beckmann/Kment, UVPG/UmwRG, 6. Aufl. 2023, § 3 UVPG Rn. 16). Es bestehen Überschneidungen mit dem Begriff der „schädlichen Umwelteinwirkung“ im Sinne des § 3 Abs. 1 BImSchG. Allerdings geht der Begriff der erheblichen Auswirkungen darüber hinaus: Er ist im Hinblick auf die Wirkfaktoren weiter und erfasst etwa auch Flächenverbrauch, Verdichtung und Versiegelung. Zudem ist die Schwelle zur Erheblichkeit niedriger als die der Schädlichkeit (Bauer, in: Beckmann/Kment, UVPG/UmwRG, 6. Aufl. 2023, § 3 UVPG Rn. 16). Erhebliche Umweltbeeinträchtigungen sind nicht erst dann zu berücksichtigen, wenn sie so gewichtig sind, dass sie nach Einschätzung der Behörde zur Versagung der Zulassung führen können (BVerwG, Urteil vom 13.12.2007 - 4 C 9/06, juris Rn. 34; BVerwG, Urteil vom 17.12.2013 - 4 A 1/13, juris Rn. 37; Bauer, in: Beckmann/Kment, UVPG/UmwRG, 6. Aufl. 2023, § 3 UVPG Rn. 17).

Die Erheblichkeit ist keine Tatsachenfeststellung, sondern eine Wertungsfrage, bei der es auf eine ausschließlich umweltbezogene Betrachtung ankommt und die nach den einschlägigen fachgesetzlichen Vorschriften zu bestimmen ist (BVerwG, Urteil vom 13.12.2007 - 4 C 9/06, juris Rn. 34; BVerwG, Urteil vom 17.12.2013 - 4 A 1/13, juris Rn. 37; Bauer, in: Beckmann/Kment, UVPG/UmwRG, 6. Aufl. 2023, § 3 UVPG Rn. 16). Regelmäßig sind Umweltauswirkungen erheblich, wenn das Vorhaben nach den Maßstäben des jeweiligen Fachrechts aufgrund der zu erwartenden Auswirkungen nicht ohne Weiteres verwirklicht werden darf (Mitschang, in: Schink/Reidt/Mitschang, UVPG/UmwRG, 1. Aufl. 2018, § 3 UVPG Rn. 7). Umweltauswirkungen sind schon dann als erheblich zu qualifizieren, wenn sie „mehr als geringfügig und damit abwägungserheblich“ sind (BVerwG, Beschluss vom 26.09.2013 - 4 VR 1/13, juris Rn. 67; Bauer, in: Beckmann/Kment, UVPG/UmwRG, 6. Aufl. 2023, § 3 UVPG Rn. 17). Dies ist der Fall, wenn sie an die Zulässigkeitsschwelle heranreichen und deshalb mit einem solchen Gewicht in die Abwägung eingehen, dass sie zumindest auf das „Wie“ der Entscheidung Einfluss nehmen (können) (Philipp-Gerlach/Lukas, ZUR 2014, 548 (550); Zustimmend: Bauer, in: Beckmann/Kment, UVPG/UmwRG, 6. Aufl. 2023, § 3 UVPG Rn. 17). Umweltbelange sind umso gewichtiger, je näher die Belastungen eines Vorhabens an die Schädlichkeitsgrenze (z.B. gesetzliche Schwellenwerte) heranreichen, ihr Gewicht ist umso geringer, je weiter sich hinter dieser Schwelle zurückblieben (Allgemeine

Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des UVPG vom 14.04.2025, Ziff. 9.1.1; BVerwG, Urteil vom 25.06.2014 - 9 A 1/13, juris Rn. 22).

Für die vorliegende Planänderung I der Vorhaben Nr. 5 und 5a (südlicher Bestandteil) gemäß BBPlG im Abschnitt A2 Sachsen-Anhalt Süd/Thüringen Nord wurde eine Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Abs. 1 UVPG durchgeführt.

Gegenstand der Planänderung I sind:

- Verschiebung Muffe ME\_020 und Erweiterung Abtrommelplatz A2\_AP\_020: von km 02+820 und km 02+990
- Erweiterung Biegeradien bei Kreuzungsbauwerk A2\_018: von km 20+460 und km 20+560
- Verschiebung von Teilflächen der Maßnahmen ACEF 2 und ACEF 4 von km 6+080 und km 6+400

Diese Planänderungen wurden anhand der Prüfkriterien gemäß Anlage 2 und 3 des UVPG hinsichtlich des möglichen Erfordernisses einer Umweltverträglichkeitsprüfung untersucht.

Bereits anhand der Merkmale im Sinne von Nr. 1 der Anlage 3 zum UVPG der Planänderungen konnten zusätzliche erhebliche nachteilige oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen im Sinne von § 9 Abs. 1 Nr. 2 UVPG aufgrund der Ausprägung dieser Merkmale ausgeschlossen werden.

Die Vorabschätzung möglicher Auswirkungen der Planänderung I kommt zu dem Ergebnis, dass diese zu einer geringfügigen Erhöhung der Flächenbetroffenheiten für die Schutzgüter Boden sowie Tiere und Pflanzen führen wird. Die Eingriffsgröße in Kombination mit den betroffenen Funktionen von Natur und Landschaft führt jedoch zu keinen im Sinne des UVPG erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen. Bei dieser Einschätzung sind wirksame Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen berücksichtigt. Demnach besteht keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

## Anhang – Prüfkatalog zur Ermittlung der UVP-Pflicht

### Teil A: Allgemeines zum Vorhaben

<b>Aktenzeichen:</b>	
<b>Geplante Maßnahme(n) im Vorhaben:</b>	<b>Erweiterung von Biegeradien, Verschiebung einer Muffe inkl. Flächenanpassung eines Abtrommelplatzes sowie Anpassungen von CEF-Maßnahmen, siehe Unterlage Teil A1.3, Kap. 3.3</b>
<b>Lage:</b>	<b>Gemarkung Oppin, Flur 6, Flurstücke 75/11, 78/11, 79/11, 81/2, 83/2, 84/2, 85/2, 135:</b> Verschiebung Muffe ME_020 und Erweiterung Abtrommelplatz A2_AP_020: von km 02+820 bis km 02+990 <b>Gemarkung Domnitz, Flur 4, Flurstück 123 und Gemarkung Domnitz, Flur 11, Flurstücke 19, 18/1, 123:</b> Erweiterung Biegeradien bei Kreuzungsbauwerk A2_018: von km 20+460 bis km 20+560 <b>Gemarkung Nauendorf, Flur 5, Flurstück 77</b> Verschiebung von Teilflächen der Maßnahmen A <sub>CEF</sub> 2 und A <sub>CEF</sub> 4 von km 6+080 bis km 6+400
<b>Vorhabenträger:</b>	<b>50Hertz</b>
<b>Ersteller:</b>	<b>Fugro</b>
<b>zuständige Behörde:</b>	<b>Bundesnetzagentur</b>

### **I. Änderungsvorhaben**

<b>Aktenzeichen des Basis-Vorhabens:</b>	<b>803 – 6.07.01.02/5-2-2 #43</b>
<b>ursprüngliche Vorhabenbezeichnung:</b>	<b>Vorhaben Nr. 5 BBPIG: Wolmirstedt – Isar und Vorhaben Nr. 5a BBPIG (südlicher Bestandteil): Landkreis Börde – Isar, jeweils Abschnitt A2 Sachsen-Anhalt Süd/Thüringen Nord</b>
<b>genehmigter Bestand:</b>	<b>Planfeststellungsbeschluss vom 18.03.2025</b>

### **II. Kumulierende Vorhaben**

Änderungen bei Erdkabelvorhaben stellen grundsätzlich keine kumulierenden Vorhaben dar.

Hinweis: Der Begriff der Kumulation ist hier im Sinne der §§ 10 ff. UVPG zu verstehen und bezieht sich allein auf die Frage, ob Schwellenwerte durch mehrere Vorhaben erreicht werden und so eine (unbedingte) UVP-Pflicht ausgelöst wird. Diese Frage stellt sich bei Leitungsvorhaben nicht. Die Einbeziehung durch überlagernde Vorbelastungen – auch durch das Ausgangsvorhaben – bleibt davon unberührt.

## Teil B: UVP-Vorprüfungsbogen

Prüfkriterien zur Vorprüfung des Einzelfalls gemäß Anlage 2 und 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung

### Art der Vorprüfung

- ☐ Es ist eine **standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls (S)** gem. § 7 Abs. 2 UVPG durchzuführen.
- ☒ Es ist eine **allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls (A)** gem. § 7 Abs. 1 UVPG durchzuführen.

Aktenzeichen:	
Art des Vorhabens:	<input type="checkbox"/> Neuerrichtung <input type="checkbox"/> Erweiterung <input checked="" type="checkbox"/> Änderung
Nr. der Anlage 1 des UVPG:	19.11
Veranlassung der UVP-Vorprüfung:	§ 9 Abs. 1 Satz 2 UVPG
Einwirkungsbereich des Vorhabens: (ggf. als Radius um das Vorhaben)	Die maximale Wirkweite der Planänderung I umfasst 500 m. Als maßgeblicher Wirkfaktor mit dem größten Wirkungsbereich wird hier Baulärm zugrunde gelegt. Für eine überschlägige Betrachtung kann der Bereich innerhalb von 500 Metern als maßgebliche Wirkzone für baulärmbezogene Auswirkungen angenommen werden. Die Änderungen der CEF-Maßnahmen erzeugen keine relevanten Wirkweiten.
Kumulierendes Vorhaben: <ul style="list-style-type: none"><li>Kumulierende Neuvorhaben i.S.d. § 10 UVPG sind gemeinsam zu betrachten.</li><li>Handelt es sich um eine Vorprüfung für ein hinzutretendes kumulierendes Vorhaben i.S.d. §§ 11 o. 12 UVPG, ist das frühere Vorhaben als Vorbelastung zu berücksichtigen (§§ 11 Abs. 5 u. 12 Abs. 5 UVPG)</li></ul>	Es gibt keine kumulierenden Neuvorhaben.

### Der UVP-Vorprüfung zugrunde liegende Unterlagen:

Unterlagenbezeichnung	Stand mit Datum vom:
A1.3: Erläuterungsbericht zur Planänderung I	08.10.2025
A1.4: Übersicht Änderungen	15.12.2025
C2.3.2: Lagepläne	13.08.2025
C2.3.3: Wegekonzept Lagepläne	13.08.2025
D2: Rechtserwerbsverzeichnis	19.09.2025
D3: Rechtserwerbspläne	19.09.2025
F1: Vertiefende Betrachtung des Schutzgutes Boden	26.08.2025
F1.1: Karten zur vertiefenden Betrachtung des Schutzgutes Boden	29.08.2025
F2.2: Bestand und Konflikte Schutzgüter Menschen, Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Klima und Luft sowie Schutzgebiete	29.08.2025

Ersteller: ARGE CIB / FUGRO

Dok.: SOL\_ING\_A2\_21000\_ELB\_0001\_Erlaeuterungsbericht\_03\_F.docx  
PLANÄNDERUNG I

Unterlagenbezeichnung	Stand mit Datum vom:
I: Landschaftspflegerischer Begleitplan	11.09.2025
I1: Tabellarische Gegenüberstellung von Eingriff- und Kompensationsmaßnahmen	22.09.2025
I2: Maßnahmenblätter zu den Schutzgütern des LBP	11.09.2025
I6.1: Maßnahmenpläne Schutzgut Tiere und Pflanzen	29.08.2025
I6.2: Maßnahmenpläne Schutzgut Boden	29.08.2025
J2.1: Detailkarte Oberflächenwasserkörper Fachbeitrag EU-WRRL	29.08.2025
J2.2: Detailkarte Grundwasserkörper Fachbeitrag EU-WRRL	29.08.2025

#### 4.1 Merkmale des Vorhabens

Die Merkmale des Vorhabens im Sinne von Nr. 1 der Anlage 3 zum UVPG sind anhand der nachfolgend aufgeführten Kriterien hinsichtlich Bauphase, Betriebsphase und nach Nutzungsaufgabe überschlägig zu beschreiben. Bei einer Planänderung sind allein die Änderungen selbst Gegenstand der Beschreibung.

Kriterien	Überschlägige Angaben zu den Kriterien hinsichtlich Bau- / Betriebsphase und nach Nutzungsaufgabe
<b>1.1 Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens, z.B.</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Flächenbedarf</li> <li>Ggf. weitere Merkmale</li> </ul>	<p>Die Flächenanpassung des Abtrommelplatzes AP_020 führt insgesamt zu einer zusätzlichen, baubedingten und damit temporären Flächenbeanspruchung von ca. 517 m². Zudem erhöht sich die dauerhafte Flächenbeanspruchung durch den Schutzstreifen an der Muffe ME_020 um ca. 382 m². Betroffen sind Acker- und Ruderalflächen. Die dauerhafte Beanspruchung von Ackerflächen durch die Erweiterung der Biegeradien bei Kreuzung A2_018 durch den Schutzstreifen erhöht sich um ca. 660 m², zusätzliche, baubedingten Flächeninanspruchnahmen entstehen hier nicht.</p> <p>Die Umsetzung der Maßnahmen ACEF 2 und ACEF 4 (Fledermauskästen, Sicherung von Habitatbäumen) erfolgt nur auf einem anderen Flurstück. Flächeninanspruchnahmen oder andere Umweltauswirkungen sind damit nicht verbunden.</p> <p><b>Potenzielle nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt können aufgrund der Ausprägung des physischen Merkmals ohne weitere Prüfung ausgeschlossen werden:</b></p> <p>ja <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>nein <input type="checkbox"/></p>
<b>1.2 Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten, u.a.</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Angaben über vorhandene Nutzungen, zu berücksichtigende Vorbelastungen</li> </ul>	<p>Das Zusammenwirken mit anderen Vorhaben durch die Planänderung I kann ausgeschlossen werden.</p> <p><b>Potenzielle nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt können aufgrund der Ausprägung des physischen Merkmals ohne weitere Prüfung ausgeschlossen werden:</b></p> <p>ja <input checked="" type="checkbox"/></p> <p>nein <input type="checkbox"/></p>
<b>1.3 Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und</b>	<u>Fläche und Boden:</u>

Kriterien	Überschlägige Angaben zu den Kriterien hinsichtlich Bau- / Betriebsphase und nach Nutzungsaufgabe
<p><b>biologische Vielfalt (soweit nicht bereits unter 4.1.1 dargestellt), z.B.</b></p> <p><b>1.3.1 Fläche</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Angaben zum Umfang einer Inanspruchnahme durch Flächenentzug, Versiegelung, Verdichtung und Nutzungsänderung</li> </ul> <p><b>1.3.2 Boden</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Angaben zum Umfang einer Inanspruchnahme des Bodens durch Bodenabtrag und -auftrag, Entwässerung, Eintrag von Schadstoffen</li> </ul> <p><b>1.3.3 Wasser (inkl. Angaben zur Erlaubnis-/Genehmigungspflicht)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Gewässerausbau</li> <li>Änderung an Gewässern oder Verlegung von Gewässern</li> <li>Einleitung in Oberflächengewässer</li> <li>Entnahme von Grund- oder Oberflächenwasser</li> </ul> <p><b>1.3.4 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Veränderungen/Beeinträchtigungen von Flora, Fauna und Lebensstätten, Biotopen</li> </ul>	<p>Die Planänderung I führt zu einer geringfügig höheren bauzeitlichen Flächeninanspruchnahme mit Wirkungen auf Funktionen des Schutzgutes Boden. Es handelt sich nicht um neue Betroffenheiten, sondern um eine geringfügige Erhöhung des Flächenumfangs bestehender Beeinträchtigungen wie z.B. Verdichtungsrisiken oder Störung des gewachsenen Gefüges bzw. Horizontaufbaus. Die geringfügige dauerhafte Flächenbeanspruchung ist unter 1.1 beschrieben.</p> <p><u>Wasser:</u> Das Schutzgut Wasser wird nicht durch die Planänderung I berührt.</p> <p><u>Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt:</u> Die Planänderung I führt zu einer geringfügigen zusätzlichen Flächenbeanspruchung einer Ackerfläche sowie Ruderalflur bei A2_AP_020. Der Acker ist Lebensraum der Feldlerche sowie potenzielles Habitat für den Feldhamster. Dabei handelt es sich nicht um eine neue Betroffenheit, sondern um eine geringfügige Erhöhung bestehender Konflikte, die bereits im Planfeststellungsverfahren durch entsprechende Maßnahmen geregelt wurden.</p> <p><b>Potenzielle nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt können aufgrund der Ausprägung des physischen Merkmals ohne weitere Prüfung ausgeschlossen werden:</b></p> <p>ja <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/></p>
<p><b>1.4 Abfallerzeugung i.S.v. § 3 Abs. 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Welche Abfälle werden voraussichtlich anfallen?</li> <li>Klassifikation der Abfälle gemäß KrWG, jeweils hinsichtlich Art und Umfang nach LAGA u.a. (überwachungsbedürftig, wassergefährdend etc.)</li> <li>Art der geplanten Verwertung oder Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung)</li> </ul>	<p>Aufgrund der nur geringfügigen Änderung der Flächeninanspruchnahmen treten durch die Planänderung I keine zusätzlichen andersartigen Abfälle auf. Abraumengen können sich geringfügig verändern, sind allerdings in Relation zum Vorhaben unerheblich.</p> <p><b>Potenzielle nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt können aufgrund der Ausprägung des physischen Merkmals ohne weitere Prüfung ausgeschlossen werden:</b></p> <p>ja <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/></p>
<p><b>1.5 Umweltverschmutzung und Belästigungen, z.B.</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Abschätzung der voraussichtlich in Luft, Wasser und Boden emittierten Stoffe,</li> <li>Ist mit dem Vorhaben möglicherweise eine deutlich wahrnehmbare bzw. messbare Belastung der Umgebung durch Stoffeinträge in Boden und Wasser, Erschütterungen, Geräusche verbunden? Sind Belästigungen oder Gesundheitsgefährdungen von Mensch oder Tier möglich? (Art und Weise, Umfang?)</li> <li>Geräusche, Erschütterungen</li> <li>Elektromagnetische Felder, Licht</li> <li>Staub (Gesamtstaub/PM10)</li> <li>Klimatische Veränderungen</li> </ul>	<p>Aufgrund der nur geringfügigen Änderung der Flächeninanspruchnahmen treten durch die Planänderung I keine wesentlichen zusätzlichen Umweltverschmutzungen oder Belästigungen auf.</p> <p>Hinsichtlich Baulärm und Erschütterungen können auf Basis von Erfahrungswerten aus vergleichbaren Bauvorhaben für die Planänderung I zusätzliche Beeinträchtigungen durch baubedingten Schall und Erschütterungen oder Überschreitungen einschlägiger Grenz-/Richtwerte ausgeschlossen werden.</p> <p><b>Potenzielle nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt können aufgrund der Ausprägung des physischen Merkmals ohne weitere Prüfung ausgeschlossen werden:</b></p> <p>ja <input checked="" type="checkbox"/></p>



Kriterien	Überschlägige Angaben zu den Kriterien hinsichtlich Bau- / Betriebsphase und nach Nutzungsaufgabe
	nein <input type="checkbox"/>
<p><b>1.6 Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind (auch durch Klimawandel bedingt), insb. mit Blick auf:</b></p> <p><b>1.6.1 verwendete Stoffe und Technologien</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erfordert das Vorhaben das Lagern, den Umgang mit, die Nutzung oder die Produktion von gefährlichen Stoffen i.S. des ChemG bzw. der GefStoffV, wassergefährdenden Stoffen i.S. des WHG?</li> <li>• Risiken bei Betriebseinstellung</li> <li>• Risiken beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Reinigungsmittel, Treibstoffe)</li> <li>• Risiken, die ggf. durch Überlaufen und bei der Befüllung der Baufahrzeuge und des Saugbaggers durch Tankwagen entstehen</li> </ul> <p><b>1.6.2 die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle i.S.d. § 2 Nr. 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Abs. 5a BImSchG</b></p>	<p>Die Planänderung I führt ausschließlich zu Änderungen baubedingter Art. Zusätzliche gefährliche Stoffe i.S. des ChemG bzw. der GefStoffV oder wassergefährdenden Stoffen i.S. des WHG werden nicht verwendet.</p> <p>Die Realisierung des Vorhabens erfolgt nach den anerkannten Regeln der Technik, die auf Baustellen generell umzusetzen sind. Hierzu gehören insbesondere Vorsorgemaßnahmen, die der Minimierung des Verschmutzungsrisikos von Boden, Wasser und der Vegetation dienen. Gesetzliche Bestimmungen werden eingehalten.</p> <p><b>Potenzielle nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt können aufgrund der Ausprägung des physischen Merkmals ohne weitere Prüfung ausgeschlossen werden:</b></p> <p>ja <input checked="" type="checkbox"/>          nein <input type="checkbox"/></p>
<p><b>1.7 Risiken für die menschliche Gesundheit, z.B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft (bei Bodenabbau, Lärm und Staub)</b></p>	<p>Aufgrund der nur geringfügigen Änderung der Flächeninanspruchnahmen treten durch die Planänderung I keine zusätzlichen Risiken für die menschliche Gesundheit auf. Hinsichtlich Baulärm und Erschütterungen können auf Basis von Erfahrungswerten aus vergleichbaren Bauvorhaben für die Planänderung I zusätzliche Beeinträchtigungen durch baubedingten Schall, Erschütterungen und Staub oder Überschreitungen einschlägiger Grenz-/Richtwerte ausgeschlossen werden. Zudem sind im unmittelbaren Umfeld der Baumaßnahme keine relevanten Immissionsorte vorhanden.</p> <p><b>Potenzielle nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt können aufgrund der Ausprägung des physischen Merkmals ohne weitere Prüfung ausgeschlossen werden:</b></p> <p>ja <input checked="" type="checkbox"/>          nein <input type="checkbox"/></p>



## Einschätzung der Merkmale der Änderung(en) des Vorhabens:

Die Planänderung I umfasst die Erweiterung von Biegeradien, die Verschiebung einer Muffe einschließlich einer geringfügigen Flächenanpassung des Abtrommelplatzes sowie Anpassungen bestehender CEF-Maßnahmen. Im Rahmen der durchgeführten Vorprüfung zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wurde festgestellt, dass durch die Planänderung keine neuen oder anderen erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter gemäß § 2 Abs. 1 UVPG – insbesondere Menschen, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, Kultur- und sonstige Sachgüter – zu erwarten sind. Auch zusätzliche oder andere Wechselwirkungen zwischen den genannten Schutzgütern im Vergleich zum Ausgangsbeschluss sind nicht ersichtlich.

## Begründung, warum von den Merkmalen im Sinne von Nr. 1 der Anlage 3 zum UVPG der Änderung des Vorhabens keine nachteiligen Umweltauswirkungen ausgehen können:

Die Vorabschätzung möglicher Auswirkungen der Planänderung I kommt zu dem Ergebnis, dass diese zu einer geringfügigen Erhöhung der Flächenbetroffenheiten für die Schutzgüter Boden sowie Tiere und Pflanzen führen wird. Die Eingriffsgröße in Kombination mit den betroffenen Funktionen von Natur und Landschaft führt jedoch zu keinen im Sinne des UVPG erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen.

## 2 Standort des Vorhabens

Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:

Kriterien	Überschlägige Angaben zu den Kriterien hinsichtlich Bau- / Betriebsphase und nach Nutzungsaufgabe
<b>2.1 Nutzungskriterien</b>  <b>Bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung, z.B.:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Darstellung der bestehenden Nutzung des Gebietes, insbesondere der Flächen für (Wohn-) Siedlungen und Erholung, für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, Verkehr, Ver- oder Entsorgung oder sonstige wirtschaftliche oder öffentliche Nutzung; z.B. Beschreibung der Siedlungssituation (Lage in geschlossener Ortslage, Ortsrand, Alleinlage bzw. Lage im Außenbereich), bauplanerische Einstufung des Standortes und der umliegenden Siedlungsflächen</li><li>• Angaben zu sensiblen Erholungseinrichtungen oder Sondereinrichtungen in der Umgebung und Angabe der jeweiligen Abstände (u.a. auch Krankenhäuser, Altersheime,</li></ul>	<p>Die von der Änderung betroffenen Flächen werden überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Siedlungsflächen oder sonstige, für den nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmte Orte sind im Bereich der Planänderung nicht vorhanden. Eine besondere Bedeutung z.B. im Hinblick auf besondere Nutzungsansprüche – auch im Hinblick auf die Erholung und Siedlungsentwicklung – sind nicht zu erkennen.</p> <p>Die landwirtschaftliche Nutzung ist nach der Bauphase wieder möglich.</p>

Kriterien	Überschlägige Angaben zu den Kriterien hinsichtlich Bau- / Betriebsphase und nach Nutzungsaufgabe
<p>Schulen, Kindergärten)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Angaben zu anderen Anlagen mit Auswirkungen auf den Standort des Vorhabens</li> <li>Angaben zu diesbezüglichen oder sonstigen Vorbelastungen, die bekannt oder zu besorgen sind</li> <li>Angaben zu Art und Intensität sonstiger kumulativer Wirkungen, soweit diese möglich sind</li> </ul>	<p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p><b>2.2 Qualitätskriterien</b></p> <p><b>Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, des Gebiets und seines Untergrunds</b></p> <p><b>2.2.1 Fläche, Boden</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Angaben zur Empfindlichkeit des Standortes gegenüber Bodenerosion, stofflicher Belastung (z.B. Düngung, Stickstoffdeposition etc.), Leistungsfähigkeit der natürlichen Bodenfunktionen einschließlich Archivfunktion etc.</li> </ul> <p><b>2.2.2 Landschaft</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Angaben zur visuellen Wirkung des Vorhabens in der Landschaft etc.</li> </ul> <p><b>2.2.3 Wasser</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Angaben zu Oberflächengewässern und Grundwasser (Abstände, Fließrichtung etc.), ökologischer und chemischer Zustand, Situation von Hydraulik/Hydrologie, Morphologie und Beschaffenheit der Gewässersedimente, Grundwasserbeschaffenheit (Qualität), -Hydrologie, Grundwassermenge und stand, etc.</li> </ul> <p><b>2.2.4 Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Angaben zur ökologischen Bedeutung des Anlagenstandortes und der Flächen im Wirkungsbereich des Vorhabens etc.</li> </ul>	<p>Die von der Änderung betroffenen Flächen werden überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Hinsichtlich der Schutzgüter Wasser, Klima und Luft, Landschaft sowie Sachgüter und kulturelles Erbe sind keine maßgeblichen Auswirkungen zu erwarten.</p> <p>Eine besondere Bedeutung z. B. im Hinblick auf besondere Nutzungsansprüche – auch im Hinblick auf die Erholung und Siedlungsentwicklung – ist nicht zu erkennen. Die landwirtschaftliche Nutzung ist nach der Bauphase wieder möglich.</p> <p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>

Kriterien	Überschlägige Angaben zu den Kriterien hinsichtlich Bau- / Betriebsphase und nach Nutzungsaufgabe
<p><b>2.2.5 Klima, Luft</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Angaben zur klimatischen Bedeutung des Standortes und der Luftqualität (z.B. Luftkurort)</li> </ul> <p><b>2.2.6 Sachgüter, Kulturelles Erbe</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Angaben zu bspw. archäologisch bedeutsamen Bodendenkmälern am Standort</li> </ul>	
<p><b>2.3 Schutzkriterien</b></p> <p><b>Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes</b></p> <p><b>2.3.1 Natura 2000-Gebiete nach § 7 Abs. 1 Nr. 8 des BNatSchG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens?</li> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Gebiete betroffen sein? (Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.)</li> </ul>	<p>Im Wirkungsbereich befinden sich keine Natura 2000-Gebiete.</p> <p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p><b>2.3.2 Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens?</li> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Gebiete betroffen sein? (Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.)</li> </ul>	<p>Im Wirkungsbereich befinden sich keine Naturschutzgebiete.</p> <p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p><b>2.3.3 Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens?</li> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Gebiete betroffen sein?</li> </ul>	<p>Im Wirkungsbereich befinden sich keine Nationalparke oder Nationale Naturmonumente.</p>

Kriterien	Überschlägige Angaben zu den Kriterien hinsichtlich Bau- / Betriebsphase und nach Nutzungsaufgabe
<p>(Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.</p>	<p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p><b>2.3.4 Biosphärenreservate gemäß § 25 BNatSchG und Landschaftsschutzgebiete gemäß § 26 BNatSchG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens?</li> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Gebiete betroffen sein? (Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.</li> </ul>	<p>Im Wirkbereich befinden sich keine Biosphärenreservate oder Landschaftsschutzgebiete.</p> <p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p><b>2.3.5 Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens?</li> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Gebiete betroffen sein? (Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.</li> </ul>	<p>Im Wirkbereich befinden sich keine Naturdenkmäler.</p> <p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p><b>2.3.6 geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 BNatSchG (hierzu zählen auch Wallhecken, Ödland) Festsetzung nach Landesrecht, evtl. auch durch Landesgesetz</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Bestandteile im Einwirkungsbereich des Vorhabens?</li> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Bestandteile betroffen sein? (Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.</li> </ul>	<p>Im Wirkbereich des von der Planänderung betroffenen Abtrommelplatzes A2_AP_202 befindet sich eine nach § 21 NatSchG LSA gesetzlich geschützte Allee. Dabei handelt es sich um eine Baumreihe an einem Wirtschaftsweg. Die Baumreihe wird durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt. Zum bauzeitlichen Schutz der Bäume sind Vermeidungsmaßnahmen (Biotopschutzzaun) vorgesehen.</p> <p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>

Kriterien	Überschlägige Angaben zu den Kriterien hinsichtlich Bau- / Betriebsphase und nach Nutzungsaufgabe
<p><b>2.3.7 gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG</b>  <b>Festsetzung nach Landesrecht, evtl. auch durch Landesgesetz</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens?</li> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Gebiete betroffen sein? (Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.)</li> </ul>	<p>Im Wirkungsbereich befinden sich keine gesetzlich geschützten Biotope.</p> <p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p><b>2.3.8 Wasserschutzgebiete gemäß § 51 WHG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens?</li> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Gebiete betroffen sein? (Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.)</li> </ul>	<p>Im Wirkungsbereich befinden sich keine Wasserschutzgebiete.</p> <p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p><b>2.3.9 Heilquellenschutzgebiete gemäß § 53 Abs. 4 WHG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens?</li> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Gebiete betroffen sein? (Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.)</li> </ul>	<p>Im Wirkungsbereich befinden sich keine Heilquellenschutzgebiete.</p> <p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p><b>2.3.10 Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens?</li> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Gebiete betroffen sein? (Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.)</li> </ul>	<p>Im Wirkungsbereich befinden sich keine Risikogebiete.</p> <p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>

Kriterien	Überschlägige Angaben zu den Kriterien hinsichtlich Bau- / Betriebsphase und nach Nutzungsaufgabe
<p><b>2.3.11 Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 WHG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens?</li> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Gebiete betroffen sein? (Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.</li> </ul>	<p>Im Wirkbereich befinden sich keine Überschwemmungsgebiete.</p> <p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p><b>2.3.12 Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens?</li> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Gebiete betroffen sein? (Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.</li> </ul>	<p>Im Wirkbereich befinden sich keine der genannten Gebiete.</p> <p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p><b>2.3.13 Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte und Siedlungsschwerpunkte in verdichteten Räumen im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens?</li> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Gebiete betroffen sein? (Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.</li> </ul>	<p>Im Wirkbereich befinden sich keine der genannten Gebietskategorien.</p> <p><b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p><b>2.3.14 In amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmale, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft sind</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Liegen Gebiete im Einwirkungsbereich</li> </ul>	<p>Im Wirkbereich befinden sich keine der genannten denkmalrechtlich relevanten Gebiete oder Objekte.</p>

Kriterien	Überschlägige Angaben zu den Kriterien hinsichtlich Bau- / Betriebsphase und nach Nutzungsaufgabe
des Vorhabens? <ul style="list-style-type: none"> <li>Durch welchen Wirkfaktor des Vorhabens könnten die Gebiete betroffen sein? (Wirkfaktoren sind z.B. Emissionen (z.B. Lärm, Schadstoffe etc.), Grundwasserabsenkung, Überbauung, Bodenabtrag etc.</li> </ul>	<b>Betroffenheit im Bereich der Änderung(en) gegeben:</b> ja <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/>

### 3 Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter

Die möglichen erheblichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter (§ 2 Abs. 1 UVPG) sind anhand der unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten Kriterien seitens der Behörde zu beurteilen, dabei ist insbesondere den unter Nr. 3.1 bis 3.7 (Anlage 3 UVPG) genannten Gesichtspunkten Rechnung zu tragen: Um die Beurteilung vornehmen zu können, ist nachfolgend je Schutzgut eine überschlägige Beschreibung der nachteiligen Umweltauswirkungen auf der Grundlage der Merkmale (Nr. 1) des Vorhabens und des Standortes (Nr. 2) seitens des Vorhabenträgers vorzunehmen: Dabei sind die möglichen erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter anhand der unter Punkt 1 und 2 gemachten Angaben hinsichtlich

- Art und Ausmaß (insbesondere welches geographische Gebiet betroffen ist und Anzahl der betroffenen Personen),
- grenzüberschreitendem Charakter
- Schwere und Komplexität
- Wahrscheinlichkeit
- voraussichtlichem Zeitpunkt des Eintretens
- Dauer, Häufigkeit, Umkehrbarkeit der Auswirkungen,
- Zusammenwirken mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben und
- Möglichkeit, die Auswirkungen zu vermeiden oder zu vermindern zu beurteilen.

Schutzgüter	Überschlägige Beschreibung der nachteiligen Umweltauswirkungen auf der Grundlage der Merkmale (Nr. 1) des Vorhabens und des Standortes (Nr. 2)
<b>Menschen insbesondere die menschliche Gesundheit</b> Relevante Auswirkungen insbesondere durch die Immissionen an <ul style="list-style-type: none"> <li>• Staub und</li> <li>• Geräuschen</li> </ul>	Aufgrund der nur geringfügigen Änderung der Flächeninanspruchnahmen treten durch die Planänderung I keine zusätzlichen Risiken für die menschliche Gesundheit auf.  <b>Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten:</b> ja <input type="checkbox"/> nein <input checked="" type="checkbox"/>
<b>Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Auswirkungen in Form von Verlusten, Zerschneidung oder Entwertung wertvoller Lebensräume</li> </ul>	Die Planänderung I führt zu einer geringfügigen zusätzlichen Flächenbeanspruchung einer Ackerfläche sowie Ruderalflur bei A2_AP_020. Der Acker ist Lebensraum der Feldlerche sowie

Schutzgüter	Überschlägige Beschreibung der nachteiligen Umweltauswirkungen auf der Grundlage der Merkmale (Nr. 1) des Vorhabens und des Standortes (Nr. 2)
<ul style="list-style-type: none"> <li>Beeinträchtigungen schutzrelevanter Tier- und Pflanzenbestände bzw. des Schutzzweckes der in Anlage 3 Nr. 2.3 genannten Gebiete etc.</li> </ul>	<p>potenzielles Habitat für den Feldhamster. Dabei handelt es sich nicht um eine neue Betroffenheit, sondern um eine geringfügige Erhöhung bestehender Konflikte, die bereits im Planfeststellungsverfahren durch entsprechende Maßnahmen geregelt wurden und hinsichtlich ihrer Art und Dimension keine Anpassung erforderlich machen. Das Eintreten von Verbotstatbeständen gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG kann für alle prüfrelevanten Arten durch die vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen (z. B. Vorabkontrolle, Vergrämung und Umweltbaubegleitung) ausgeschlossen werden.</p> <p><b>Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<p><b>Fläche, Boden</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Nachhaltige Veränderung der Bodenbeschaffenheit etc.</li> </ul>	<p>Die Planänderung I führt zu einer geringfügig höheren bauzeitlichen Flächeninanspruchnahme mit Wirkungen auf Funktionen des Schutzgutes Boden. Es handelt sich nicht um neue Betroffenheiten, sondern um eine geringfügige Erhöhung des Flächenumfangs bestehender Konflikte (z.B. Bodenverdichtungen). Die geringfügige dauerhafte Flächenbeanspruchung ist unter 1.1.1 beschrieben. Beim Schutzgut Boden ist aufgrund der landwirtschaftlichen Überprägung von einem mittleren Konfliktpotenzial auszugehen. Durch den Einsatz der bodenkundlichen Baubegleitung und die Durchführung entsprechender Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (Schutz vor Bodenverdichtungen, Bodenlockerung) lassen sich erhebliche Auswirkungen auf den Boden vermeiden.</p> <p><b>Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>



<b>Schutzgüter</b>	<b>Überschlägige Beschreibung der nachteiligen Umweltauswirkungen</b> auf der Grundlage der Merkmale (Nr. 1) des Vorhabens und des Standortes (Nr. 2)
<b>Wasser</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Nachhaltige Veränderung der Hydrologie,</li> <li>der Wasserbeschaffenheit oder der Gewässerökologie z.B. durch Flächenversiegelung, Grundwasserabsenkung</li> <li>Gefährdung des Schutzzwecks von relevanten Schutzgebieten, wie z.B.</li> <li>Trinkwasserschutzgebieten</li> <li>etc.</li> </ul>	<p>Das Schutzgut Wasser wird nicht durch die Planänderung I berührt.</p> <p><b>Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<b>Luft, Klima</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Überschreitung von Beurteilungs- oder Richtwerten</li> <li>etc.</li> </ul>	<p>Das Schutzgut Luft, Klima wird durch die geringfügigen Änderungen nicht berührt, Überschreitungen von Beurteilungs- oder Richtwerten sind nicht zu erwarten.</p> <p><b>Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<b>Landschaft</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Nachhaltige und schwere Eingriffe in das Landschaftsbild</li> <li>Veränderungen des Charakters der Landschaft, insbesondere durch Bauwerke, die Farb- und Materialwahl der Baustoffe</li> <li>etc.</li> </ul>	<p>Nachhaltige und schwere Eingriffe in das Landschaftsbild sind mit der Planänderung I nicht zu erwarten, da keine landschaftsbildprägenden Elemente entfernt werden oder dauerhafte Bauwerke errichtet werden. Die derzeitige Flächennutzung ist nach Abschluss der Bauarbeiten wieder möglich bzw. geplant.</p> <p><b>Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
<b>Kulturelles Erbe, sonstige Sachgüter</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Beeinträchtigung wertvoller Kulturgüter</li> <li>Beeinträchtigung sonstiger Sachgüter (z.B. durch Bodensetzung)</li> <li>etc.</li> </ul>	<p>Das Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter ist von der Planänderung nicht betroffen.</p> <p><b>Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>

<b>Schutzgüter</b>	<b>Überschlägige Beschreibung der nachteiligen Umweltauswirkungen</b> auf der Grundlage der Merkmale (Nr. 1) des Vorhabens und des Standortes (Nr. 2)
<b>Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern</b>	<p>Wechselwirkungen durch mögliche Auswirkungen der Planänderung können ausgeschlossen werden.</p> <p><b>Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten:</b></p> <p>ja <input type="checkbox"/></p> <p>nein <input checked="" type="checkbox"/></p>

#### 4 Gesamteinschätzung der Auswirkungen des Vorhabens unter Berücksichtigung aller vorab geprüften Aspekte

	<b>UVP-Pflicht</b>	
<p><b>Kann das Vorhaben aufgrund der oben beschriebenen Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben?</b></p> <p>Nach den oben gemachten Analysen entstehen durch die Änderung keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen und keine anderen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen i. S. d. UVPG.                      Daher ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig.</p>	<p><b>Ja</b></p> <p><input type="checkbox"/></p>	<p><b>Nein</b></p> <p><input checked="" type="checkbox"/></p>

Berlin, den 18.12.2025

## Abkürzungsverzeichnis

50Hz	50hertz Transmission GmbH
µT	Microtesla
A2	Abschnitt A2
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
AC	Bezeichnung für Wechselstrom (engl. alternating current)
AFB	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
Art.	Artikel
AT	Arbeitstage
AVZ	Allgemein verständliche, nichttechnische Zusammenfassung gemäß § 16 UVPG
B	Bundesstraße
BAB	Bundesautobahn
BBPI	Bundesbedarfsplan
BFP	Bundesfachplanung
BNetzA	Bundesnetzagentur
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
CEF	Continuous Ecological Functionality, vorgezogene Ausgleichsmaßnahme i.S.v. § 44 Abs. 5 BNatSchG
dB	Dezibel (Verhältniszahl)
dB(A)	Schalldruckpegel, Messgröße zur Bestimmung der Stärke von Geräuschpegeln
DC	Gleichstrom (engl. direct current)
DIN	Deutsche Industrie-Norm
DIN	EN Standard für Vereinheitlichung (Deutsches Institut für Normung)
DTK	Digitale Topografische Karte
DVGW	Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e. V.
DWA	Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.
DWA-A	DWA-Arbeitsblatt
DWA-M	DWA-Merkblatt
EE	Erneuerbare Energien
EG	Europäische Gemeinschaft
EK	Erdkabel
EN	Europäische Norm
EU	Europäische Union
FFH	Flora-Fauna-Habitat
FL	Freileitung
fTK	festgelegter Trassenkorridor
Gw	Grundwasser
GW	Gigawatt (1.000.000.000 W), Einheit der elektrischen Leistung
GWK	Grundwasserkörper
GZ	Grünlandzahl
ha	Hektar
HDD	Horizontalspülbohrverfahren (engl. horizontal directional drilling)
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
HV	High Voltage (dt. Hochspannung) vergleiche HVAC / HVDC
HVAC	High Voltage Alternating Current (Hochspannungswechselstrom)
HVDC	High Voltage Direct Current (Hochspannungsgleichstrom)
Hz	Hertz, Einheit für die Frequenz
i.S.v.	im Sinne von
KAS	Kabelabschnittsstation

kf-Wert	Durchlässigkeitsbeiwert
km	Kilometer
KMS	Kabelmonitoringstation
KSR	Kabelschutzrohr
KÜS	Kabelübergangsstation
kV	Kilovolt (1.000 V)
LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan
LED	Leuchtdiode (engl. Light-emitting diode)
LfA	Landesamt für Archäologie Sachsen
LMBV	Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft
m	Meter
MLM	Mindestlichtmaß
mm	Millimeter
mT	Millitesla (Einheit der magnetischen Flussdichte)
MW	Megawatt
Natura2000	Natura 2000 ist der Name für ein europaweites Netz von nach EU-Recht geschützten besonderen Schutzgebieten. Natura 2000 umfasst die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach der FFH-Richtlinie sowie die Schutzgebiete nach der EUVogelschutzrichtlinie. Kohärentes Netz besonderer Schutzgebiete innerhalb der EU (FFH- und SPA-Gebiete).
NEP	Netzentwicklungsplan
NHN	Normal-Höhen-Null
OFS	Oberflurschrank
OWK	Oberflächenwasserkörper
PCI	Projects of Common Interest - Vorhaben von gemeinsamem Interesse
PF	Planfeststellung
PFA	Planfeststellungsabschnitt
PFV	Planfeststellungsverfahren
REV	Rechtserwerbsverzeichnis
Ril	Richtlinie
RL	Rote Liste
SOL	SuedOstLink
t	Tonnen
TLDA	Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie
TWh	Terawattstunde
UR	Untersuchungsraum
ÜNB	Übertragungsnetzbetreiber
V	Volt
VHT	Vorhabenträger
VO	Verordnung
VT	Vorzugstrasse
WSG	Wasserschutzgebiet
Ziff.	Ziffer

## Gesetze und Verordnungen

BBPIG	Bundesbedarfsplangesetz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz